

7. Großbritannien und der Commonwealth bis 1939.

1. Einleitung:

In seinen Anfängen beruhte das Britische Empire zunächst auf Siedlungskolonien. Britische Siedler hatten seit dem frühen 17. Jahrhundert die Heimat verlassen, um in Übersee neue Räume zu erschließen, die als Kolonien den Herrschaftsbereich der Krone über andere Kontinente ausweiteten. Erst 1757, mit Eroberung Bengalens, hatte Empire zweites strukturelles Standbein entwickelt: Kolonialherrschaft über zahlreiche einheimische Bevölkerung mit Hilfe weniger britischer Beamten und Soldaten. Von da an blieben Siedlungskolonien und Herrschaftskolonien die beiden Eckpfeiler des Empires.

Siedlungskolonien zunächst an Nordamerikanischer Ostküste, Karibik, Kanada, danach in Australien, Neuseeland, Südafrika und Ostafrika.

Frühzeitig Problematik der Siedlungskolonien erkennbar: Bevölkerung britischer Abstammung folgt individuellem Freiheitsideal britischer Tradition. Außerdem entstehen neue Gesellschaften mit eigenen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Interessen. Mutterland auf Dauer nicht in der Lage und auch nicht willens, diese Eigeninteressen zu unterdrücken. Schon wegen britischem Selbstverständnis und zunehmender Liberalisierung seit 18. Jahrhundert konnten weiße Siedler nicht mit denselben Methoden beherrscht werden wie farbiger Bewohner anderer Kolonien. Außerdem gewaltsame militärische Unterdrückung der Siedler wegen hohen Entwicklungsstand der Siedler auf Dauer zu teuer. Deshalb begrenzte Selbstverwaltungsrechte für Siedler.

Doch diese Rechte halfen nur bei Selbstorganisation der Kolonien. Je stärker die Selbstverwaltung, desto stärker die Kraft zum Widerstand gegen Mutterland. Dies konnte zum gewaltsamen Bruch führen. Extrembeispiel: Amerikanischer Unabhängigkeitskrieg. Die Katastrophe von 1783 blieb Menetekel für gesamte weitere Geschichte des Empires: militärische Gewalt bei Festhalten an Siedlungskolonien auf die Dauer sinnlos.

Deshalb im Verlauf des 19. Jahrhunderts allmähliches Nachgeben gegenüber Selbstregierungsbestrebungen der weißen Kolonien. Bis 1914 "responsible government" in allen weißen Kolonien: innere Selbstverwaltung, eigene Parlamente und Regierungen - Oberhoheit der Krone, Gouverneure als Quasi-Staatsoberhäupter, Parlament in Westminster muß allen Verfassungsänderungen

zustimmen, Außen- und Verteidigungspolitik gegenüber Nicht-Empirestaaten von London geleitet.

1907, PM-Konferenz in London: alle weißen Kolonien fortan Dominions. Eigene völkerrechtliche Entitäten innerhalb Empires mit beschränkter Souveränität. Beginn der Auflösungstendenzen des Empires.

Dies verstärkt durch Uneinigkeit in Wirtschaftspolitik. Dominions und Tories in GB strebten seit 1890er Zollunion an (wirtschaftliche Abschottung des Empires gegen Rest der Welt). Doch Bevölkerungsmehrheit in GB und liberale Regierung verhindern dies aus Sorge vor zu hohen Lebensmittelpreisen und britischen Handelsinteressen im informal Empire (v.a. Argentinien) sowie gegenüber industrialisierter Welt (USA, D). Empire geht somit innerlich geschwächt in 1.WK.

2. Der Erste Weltkrieg:

1.WK schwächt Zusammenhalt zwischen GB und Dominions weiter:

- Soldaten aus Dominions kämpfen im Krieg, aber als Kanadier, Australier und Neuseeländer etc. Erfahrung militärischer Inkompetenz seitens brit. Führung (Verheizen), Katastrophen wie Gallipoli, Kadavergehorsam brit. Soldaten, Klassendünkel brit. Offiziere tragen zur Entfremdung bei.
- GB verliert wirtschaftliche Führungsrolle an USA, die neues Vorbild werden.
- Dominions begannen mit eigener Industrialisierung, was Selbständigkeit erhöht und Industrie GBs zum Konkurrenten macht. Kompletäre Ökonomie des Empires untergraben.
- Britische Politik (zwangsläufig) egoistisch. Kriegseintritt der Dominions und Kriegführung des Empires nicht abgestimmt.

Lloyd George bemüht, dem entgegenzusteuern:

- 1917, Bildung des Imperial War Cabinets mit PMs der Kolonien. Doch wenig effizient, weil Kommunikation schlecht wegen riesiger Entfernungen. Immerhin Billy Hughes (Aus) und Jan Smuts (SA) spielen bei Aufenthalten in London grosse Rolle als Berater.
- 1919, Dominions mit eigenen Delegationen bei Pariser Verhandlungen. Dominions erhalten Anteil an kolonialer Beute. Doch dies stärkt nur Selbständigkeitsbestrebungen.

Schließlich untergräbt Lloyd George seine Bemühungen selbst:

- 1922, Chanak Krise: Lloyd George will gegen türkische Nationalisten unter Mustafa Kemal militärisch intervenieren, um seine Nahost-Politik zu retten. Ohne PMs über Politik zu konsultieren verlangt er nach Truppen aus Dominions, da britische

Armee demobilisiert. Doch CA und SA weigern sich, AUS zurückhaltend. Dominions über britischen Alleingang und imperiales Gehabe empört. Lloyd George stürzt.

Bereits vorher Krise in Irland:

- 1916: Sturm auf Postamt in Dublin. Britische Überreaktion provoziert irische Nationalisten.
- 1920: Sinn Fein beginnt Bürgerkrieg in Südirland. Brutales britisches Vorgehen. Situation unhaltbar.
- 1921: Lloyd George gibt Irland Dominion- Status, Irland geteilt. Anfang vom Ende der brit. Herrschaft über Irland, wo englischer Imperialismus einst begann.

3. Die Herausbildung des Commonwealth in 20er Jahren:

In zwanziger Jahren sank britisches Interesse an Empire:

- Einführung der Demokratie in GB (allg. und gleiches Wahlrecht für alle Erwachsenen). Unter diesen Vorzeichen wird Unterdrückungs- und Abhängigkeitspolitik außerhalb GBs fragwürdig. Wachsende Bereitschaft in der Öffentlichkeit und bei Politikern, Dominions volle Souveränität zu geben.
- Starke Abnahme britischer Auswanderung nach Dominions. Eine Lebensader des Empires - interne Migration in Siedlungsgebiete - stirbt ab. Herausbildung des Sozialstaats in GB reduziert Auswanderungsbestrebungen. Gleichzeitig verlieren Dominions Interesse an Einwanderern aus brit. Unterschicht, denn open frontiers verschwunden. Weltwirtschaftskrise in Dominions reduziert Interesse an Einwanderung in 30er Jahren weiter. Stattdessen Umkehrung: Zuwanderungsplus für GB um 500.000.
- Konzentration auf Wiederaufbau GBs.
- Egoistische Außen- und Handelspolitik. Neuer Tory-PM Bonar Law und Außenminister Lord Curzon nehmen kaum noch Rücksicht auf Dominions.

1923, PM-Konferenz in London: Keine Ergebnisse. Interessen gerade in Handelsfragen zu unterschiedlich.

1925, Locarno: GB unterzeichnet Vertrag, ohne Dominions zu konsultieren, der dennoch für sie bindend ist. Dominions empört, zumal Vertrag Reduzierung der deutschen Reparationen beinhaltet.

1926, Auf PM-Konferenz in London verlangt SA-PM Hertzog Anerkennung der Souveränität.

Zunehmender Antagonismus zwingt Brits zu Konzessionen auf verfassungsrechtlichem Gebiet:

- 1926, Balfour-Declaration: Neudefinition der Dominions:

“They are autonomous communities within the British Empire, equal in status, in no way subordinate to one another in any aspect of their domestic or external affairs, though united by a

common allegiance to the crown and freely associated as members of the British Commonwealth of Nations.”

Geburtsstunde des Commonwealth. Dominions auf dem Wege zu voller völkerrechtlicher Souveränität. Nur noch Krone als verbindendes Element. De facto Ende des Empires bezüglich Dominions. Empire nur noch für Kolonien.

Dies wurde 1931 komplementiert durch Statute of Westminster: Britisches Parlament verzichtet auf Recht, verfassungsändernde Beschlüsse der Parlamente in SA und CA zu überprüfen. (In 40er Jahren auch gegenüber AUS und NZ).

All dem lag interne Entfremdung der Dominions gegenüber GB zugrunde.

- 1926: In CA wirft PM King dem GG vor, sich durch Entscheidungen über Außenpolitik in innere Angelegenheiten einzumischen. Verfassungskrise.

- 1927: GB reagiert mit Entsendung von High Commissioners nach Dominions, die Außenpolitik koordinieren sollen. GGs als Repräsentanten der Krone werden damit auf zeremonielle Amtsführung reduziert.

Dies eröffnet Möglichkeit zur Wahl Einheimischer statt britischer Aristokraten als GGs.

- 1931: Chief Justice Isaacs, ein Einheimischer, in Australien zum GG bestimmt. Zum Ärger der brit. Regierung.

Am schärfsten jedoch Entfremdung in SA, wo innere Entwicklung und Eigeninteressen gegen GBs Wünsche stehen:

In SA scharfer Konflikt zwischen weißen Einwanderern und schwarzer Urbevölkerung.

1910, Act of Union: Interne Selbstregierung für 1,27 Millionen Weiße auf Kosten von 4,5 Millionen Schwarze.

SA Sieger im 1.WK. Erfolgreiche Teilnahme an Kämpfen in Südwest- und Ostafrika. Mandat für Dt.Südwest (Namibia). Annexion nach 2. WK (unter Bruch aller Verträge). Namibia bleibt zunächst unterentwickelt. Deutsche Siedler bleiben als Farmer im Land. Erste in 30er Jahren Entdeckung von reichen Edelstein und Erzvorkommen.

1919 Tod von Präsident Botha. Jan Smuts wird Nachfolger.

Weißer Arbeiteraufstand in Johannesburg richtet sich gegen schwarze Billigarbeit. Lynchmorde. Smuts schlägt Aufstand blutig nieder.

Resultat: Aufstieg der burischen Nationalistischen Partei unter Hertzog.

Hintergrund: Klassenkampf zwischen Weißen.

- Smuts regiert mit Unterstützung von Reichen und Mächtigen, steht für Freihandel und freie Arbeit (auch für schwarze Arbeiter), freier Kapitalismus.

- Hertzog (in Koalition mit Labour Party) verlangt Sonderrechte für weiße Arbeiter, höhere Löhne, Unterdrückung der Schwarzen, Machtbeschränkung für Kapitalisten und Kampfansage an Brit. Empire.

1924: Wahlsieg Hertzog.

Maßnahmen:

- Schwarze Arbeiter von weißen Jobs ausgeschlossen, Verbot der Einstellung von Schwarzen zur Senkung von Löhnen, Beginn der Rassentrennung.

- 1925, Afrikans als zweite Landessprache

- SA bleibt in Empire aber verlangt mehr Eigenständigkeit (1926, London PM-Konferenz).

1933: Koalition Smuts-Hertzog wegen Weltwirtschaftskrise.

Dr. Malan (Später PM der Apartheid) gründet "Gereinigte Nationale Partei". Ihr Druck zwingt Regierung zu weiterer rassistischer Politik:

- Verschärfte Rassentrennung

- Farbige Wähler in Kapkolonie (hoher Zensus) werden Wahlrecht beraubt.

Trotz wachsender Empörung hat GB auf diese Entwicklung kaum Einfluß. Loslösung SAs vom Empire schon zu weit fortgeschritten. Interne Selbstverwaltung zu stark.

(Doch Entwicklung in SA Warnung vor möglicher Zukunft in Kenia und SR.)

4. Von der Weltwirtschaftskrise bis 1939:

Weltwirtschaftskrise trifft GB und Dominions schwer. Kollaps von Handel, Agrar- und Industrieproduktion, Massenarbeitslosigkeit.

Dominions besonders stark durch Verschuldungskrise getroffen. In 20er Jahren hatten sie auf Londoner Finanzmarkt heftig geborgt, um Entwicklungsprojekte zu finanzieren.

Dominion Neufundland geht bankrott und muß 1933 um Wiedererlangung des Status einer Kolonie bitten. (1949: 10. Provinz Kanadas).

1931 fällt in GB das letzte freihändlerische Kabinett. Weltweit Wachsende Tendenz zum Schutzzoll (Autarkiebestrebungen der Nazis in DR). Damit plötzlich Chance zur Zollunion im Commonwealth. Traum Chamberlain's und der Dominion-PMs vor 1914 steht nun vor möglicher Verwirklichung.

1932, PM-Konferenz in Ottawa: Ziel-Schaffung eines gemeinsamen Zoll- und Wirtschaftsraums. Vor allem brit. Regierung hofft auf Zollunion, um eigene Wirtschaft wiederanzukurbeln. Allerdings nicht bereit zu völligem internen Freihandel mit Rohstoffen und Agrarprodukten. Schutz der eigene Farmer und Investitionen in Argentinien. Deshalb Quotenregelung: begrenzter zollfreier Handel mit Dominion-Agrarprodukten, auf Rest hohe Zölle.

Damit Chancen auf Freihandel reduziert.

Größte Enttäuschung der Dominions. Nicht länger zu zollfreiem Handel mit Industrieprodukten bereit. Schutz der nunmehr existierenden eigenen Industrien vor britischer Industrie. Hoffnung auf Zoll- und Freihandelszone in 30er Jahre zu spät.

Kanada will außerdem keinen Handelskrieg mit USA: bereits zu starke Verflechtung.

Gesamtresultat: nur begrenzte Schutzzölle und begrenzter Freihandel. Hochfliegende Pläne gescheitert.

Aussenpolitik und Empire:

Trotz Berechtigung dazu seit 1926 treiben meisten Dominions kaum eigene Außenpolitik. Sie verlassen sich auf, wünschen aber Konsultation (Ausnahme Irland).

Schon deswegen Unterstützung von Chamberlain's Appeasement-Politik gegenüber Hitler. Aber auch eigene Gründe:

- CA: PM King will Zustimmung seiner Wähler in Quebec nicht verlieren. Dort starke antisemitische Bewegung und Bewunderung für Mussolini.

- SA: Nationalsozialismus unter rassistischen Buren populär. Als Waffe gegen liberale britisch-jüdische Oberschicht benutzt. Populist PM Hertzog kann sich dem nicht entziehen und unterstützt deshalb Appeasement.

- AUS und NZ wünschen eher verstärktes brit. Engagement im Pazifik gegen japanischen Imperialismus, der schon seit 1931 Krieg in China führt.

- GB und Dominions haben nach Wirtschafts- und Finanzkrise kein Interesse an Aufrüstung bei Konfrontationskurs.

Umso größer war Erstaunen und Empörung, als Chamberlain nach Einmarsch in Böhmen und Mähren im März 1939 plötzlich ohne Konsultationen Kurs wechselt. GB steuert damit auf 2.WK zu, ohne sich Zustimmung des Commonwealth zu versichern. Garantieerklärung an Polen und Kriegserklärung an DR entscheidende Etappen auf Weg in den Krieg.

Insgesamt 20er und 30er Jahre somit Prozeß der friedlichen Auflösung des Empires und Übergang zum Commonwealth.

Allmählicher Verlust der ehemaligen Siedlungskolonien bei gleichzeitigem Machtverlust in Herrschaftskolonien, v. a. Indien.

Dementsprechend kommentierte der brit Schriftsteller H. G. Wells schon 1933:

“ For the British Empire there was to be no such decline and fall as happened to Rome. Instead it relaxed ... to nothing. Unhappily before it relaxed in India it had, as in Ireland, a brief convulsive phase of ‘firmness’.”

Man mag sich im Lichte der weiteren Entwicklung fragen, ob diese Feststellung nicht etwas verfrüht war.